

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

Schneebrüche, Starksturmereignisse und der Borkenkäfer haben den bayerischen Waldbesitzern im vergangenen Jahr arg zugesetzt. Die Folge: Der Holzpreis ist deutlich gesunken, bei Sturmholz um bis zu 35 Prozent. Mit einem Dringlichkeitsantrag haben wir uns deshalb diese Woche im Plenum dafür eingesetzt, **die Bemühungen der Staatsregierung zur Unterstützung der privaten und körperschaftlichen Waldbesitzer auch in 2019 fortzusetzen.**



Mit meiner Besuchergruppe im Bayerischen Landtag am 10.04.2019

Denn verbleiben die enormen Mengen an Schadholzbeständen jetzt zu lange im Wald, bieten sie einen idealen Nährboden für den Borkenkäfer, der dann auch den stehenden Bestand befällt. So geraten die Waldbesitzer schnell in eine Abwärtsspirale aus Preisverfall und neuerlichen Qualitätseinbußen. Der Wald liefert aber nicht nur den nachwachsenden Rohstoff Holz, sondern besitzt auch wichtige gesamtgesellschaftliche Funktionen: Wälder dienen dem Grundwasserschutz, bieten Naherholung und frische Luft. Sie sind Lebensraum für eine Vielzahl seltener Tier- und Pflanzenarten. Deshalb ist es wichtig, die Waldbesitzer auch in diesem Jahr bei der Aufarbeitung des Schadholzes und den Wiederaufforstungsmaßnahmen zu unterstützen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir auch die Entscheidung, den Frischholzeinschlag durch die Bayerischen Staatsforsten deutlich zu reduzieren. Nur so kann der Holzmarkt stabilisiert, der Bestand geschützt und damit der Waldbau als wichtiger Wirtschaftsfaktor in Bayern erhalten werden.

Beschäftigt haben wir uns diese Woche auch mit diesen Themen:

- Steuerliche Entlastung von verbilligten Wohnraumüberlassungen
- Ausbau des schulpsychologischen Beratungsangebotes
- Erhalt des dualen Rundfunksystems
- Gründung einer Umweltstiftung
- Zweites Referendum in Großbritannien statt hartem Brexit

R ü c k b l i c k

Bezahlbarer Wohnraum bleibt für uns ein zentrales Anliegen: Mit einem interfraktionellen Dringlichkeitsantrag haben wir diese Woche im Plenum die **bayerische Bundesratsinitiative zur Schaffung steuerlicher Entlastungen für Vermieter, die ihren Mietern Wohnraum verbilligt überlassen, unterstützt**. Wir sind überzeugt: Steuervergünstigungen sind ein wirksamer Hebel, um den Wohnungsmarkt zu entspannen. Durch Enteignungen, wie die Grünen sie fordern, entsteht indes keine einzige neue Wohnung. Dieses Relikt aus dem Sozialismus hat mit bürgerlicher Politik nichts zu tun und sollte 30 Jahre nach dem Fall der Mauer auch nicht wieder aufgewärmt werden. Wir brauchen keine Umverteilung, sondern müssen rasch zusätzlichen Wohnraum schaffen. Nur eine Kombination aus bedarfsgerechten Neubauten, Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus und privaten Investitionen in den Wohnungsbau können zur Entspannung des Wohnungsmarktes beitragen. Arbeitgeber sind ebenfalls gefordert, ihren Beitrag für bezahlbares Wohnen zu leisten: Etwa durch Investitionen in Werkswohnungen. Doch von einem solchen Engagement müssen Unternehmen dann auch steuerlich profitieren. Das gilt ebenso für Vermieter, die ihre Mieterhöhungspotenziale aus sozialen Motiven über Jahre hinweg nicht ausgeschöpft haben. Die bayerische Bundesratsinitiative sieht vor, dass nicht jedes Unterschreiten der ortsüblichen Vergleichsmiete durch einen Vermieter zu einem geldwerten Vorteil führen soll. Konkret fordert die Staatsregierung einen gesetzlichen Toleranzbereich von bis zu 35 Prozent, durch den der Mietanpassungsdruck deutlich abgemildert werden könnte. Davon würden Vermieter und Mieter gleichermaßen profitieren.

Beschäftigt haben wir uns diese Woche auch mit den psychologischen Beratungsangeboten an Schulen. Gerade die jüngsten Fälle von schwerem Schüler-Mobbing haben gezeigt, dass Schulpsychologen unabdingbar sind, um Kindern, Eltern, aber auch Lehrkräften beratend zur Seite zu stehen. Doch die Schwarzmalerei der SPD in diesem Zusammenhang ist ärgerlich.

Fakt ist, dass wir in Bayern bereits auf einem sehr guten Weg sind, um **das psychologische Beratungsangebot an Schulen auszuweiten**. Wie im Koalitionsvertrag angekündigt, werden die Stellen für Schulpsychologen ausgebaut. Durch die Fortsetzung des Programms ‚Schule öffnet sich‘ können in den kommenden Jahren insgesamt mindestens 500 zusätzliche Stellen geschaffen werden, ein darüber hinausgehender Ausbau wird angestrebt. Zudem übersieht die SPD in ihrer Kritik völlig, dass allen Lehrkräften eine fundierte pädagogische Ausbildung zuteilwird und diese über breites pädagogisches, aber auch grundlegendes schulpsychologisches Wissen verfügen. Schulpsychologen sind außerdem nicht die einzigen pädagogischen Fachkräfte, die neben den Lehrkräften beratend zur Verfügung stehen: Hinzu kommen noch Schulsozialpädagogen sowie vor allem die Beratungslehrkräfte. Wir FREIE WÄHLER gehen aber noch weiter: Wir wollen die Multiprofessionalität vorantreiben und alle im System verfügbaren Kompetenzen nutzen. Das ist der wirksamste Weg, um den Kampf gegen Mobbing und Depressionen zu gewinnen.

Eine klare Meinung haben wir auch zum **dualen Rundfunksystem**: Wir bekennen uns klar zu dessen Erhalt und machen uns außerdem für den Fortbestand der lokalen Fernseh- und Radiosender sowie der Zeitungen stark. Wir setzen damit die bisherige Politik der Staatsregierung fort, deren Erfolg sich auch daran ablesen lässt, dass sich der Freistaat in den letzten Jahrzehnten zu einem führenden Medienstandort in Deutschland entwickelt hat. Wir sind überzeugt: Eine vielseitige Medienlandschaft frei von politischer Einflussnahme ist Garant für Meinungsvielfalt und unabhängigen Journalismus – und damit für eine demokratisch organisierte Gesellschaft. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass das Gleichgewicht zwischen öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk gewahrt bleibt. Dem Ausbau des digitalen Übertragungsstandards DAB+ kommt dabei eine Schlüsselrolle zu – auch deshalb machen wir uns weiterhin für den zügigen und flächendeckenden Ausbau der digitalen Netzabdeckung und des Breitbandes stark. Zur Meinungs- und Medienpluralität gehört für uns jedoch auch, auf Dauer den freien Zugang zum Internet und eine gleichberechtigte, diskriminierungsfreie Teilhabe zu ermöglichen.

Viel vorgenommen haben wir uns auch beim Thema Artenvielfalt: **Um den Artenschutz in Bayern weiter anzukurbeln, wollen wir FREIE WÄHLER eine Landesstiftung für Umwelt, Klimaschutz und Artenvielfalt gründen**, die sich aus den Strafzahlungen des Autobauers Audi an den Freistaat speisen soll. Wichtig ist uns die zweckgebundene Verwendung der Strafzahlungen: Sie wurden wegen umweltschädigender Vergehen fällig – und sollten deswegen auch der Umwelt zugutekommen, statt sang- und

klanglos im allgemeinen Haushalt des Freistaats zu verschwinden. Mit den Zinserlösen könnten auf Dauer konkrete Umweltmaßnahmen mit den Schwerpunkten Klimaschutz und Artenvielfalt finanziert werden – wie der Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektroautos, die Umweltbildung oder Klimaschutzprojekte. Mit der Gründung der Stiftung wollen wir auch zeigen, dass wir es ernst meinen mit mehr und konkretem Klimaschutz – nicht nur in Sonntagsreden sondern auch im Geldbeutel des Freistaats. Unser Appell geht deshalb an unseren Koalitionspartner CSU, uns bei der Schaffung dieser Stiftung zu unterstützen. Wir wären schlecht beraten, gerade am Umweltressort zu knausern: Konkreter Umweltschutz kostet – und das Geld ist da.

Einen weiteren Appell wollen wir zum Abschluss Richtung London aussenden, denn für uns FREIE WÄHLER ist das Verhalten der britischen Regierung mittlerweile politisch unerträglich. Ein ewiger Verschiebebahnhof – wie derzeit vom britischen Unterhaus gefordert – ist keine Lösung. Sinnvoll wäre nach unserer Überzeugung **ein zweites Referendum** – und zwar am 26. Mai 2019, dem Tag der Europawahl. So könnte die EU ihren Bürgern gegenüber eine erneute Wahl britischer Mitglieder ins Europaparlament rechtfertigen und die Briten nach rund drei Jahren politischer Orientierungslosigkeit ein klares Bekenntnis zu Europa abgeben – oder dagegen. Doch in Brüssel einigte man sich auf den nächsten Verschiebebahnhof: Spätestens am 31. Oktober 2019 soll ein möglicher Brexit nun stattfinden – schau'n mer mal!

Wenigstens auf eines können wir uns verlassen: Ostern steht vor der Tür! In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen schöne Festtage und viel Freude im Kreise Ihrer Freunde und Familien.

Impressum

Abgeordnetenbüro:
Hintere Marktstraße 13,
92436 Bruck i. d. Oberpfalz
Telefon: 09434 / 901513
Telefax: 09434 / 901514
Email: joachim.hanisch@fw-landtag.de
Web: www.joachim-hanisch.de